

Angelika Burmeister

Drittes Bundestreffen der Rechtsreferendarinnen, -praktikantinnen und -studentinnen vom 5.-7. Oktober 1984 in Frille

Diesmal waren es immerhin wieder 30 Frauen, die sich in der alten Molkerei in Frille bei Minden zusammenfanden. Und zum Glück ging's beim dritten Mal auch sonst etwas voran. Das Fehlen äußerer Streß- und Frustfaktoren (Unterbringung und Verpflegung ließen nichts zu wünschen übrig, kein Heizungsausfall zerfröstelte die Stimmung), die vorherige Festlegung von Arbeitsschwerpunkten und nicht zuletzt die Anwesenheit einiger bundestreffen- und damit chaos erfahrenen Frauen sorgte für eine insgesamt recht harmonische und konstruktive Stimmung.

Arbeitsgruppen fanden statt zu den Themen:

- Scheidungsrechtsnovellierung
- Berufsperspektiven (insbesondere: persönliche Lebensentwürfe mit Beruf und Kindern)
- kommunale Gleichstellungsstellen (Rechtsverbindlichkeit der Vorschriften über die Einrichtung solcher Stellen / paritätische Besetzung (– Köln)? / grundsätzliche Einschätzung / Umfang der Beteiligungsrechte: was ist frauenspezifisch / Aufgaben: Frauenförderungspläne, Öffentlichkeitsarbeit)
- Lesben-Erfahrungsaustausch (wie komme ich in der Hetero-Ausbildungs- und Berufswelt vor und zurecht)
- Vergewaltigung.

Zum letztgenannten – nicht eben kleinen – Problembereich arbeiteten wegen des großen Interesses

zwei Gruppen unter zwei speziellen Fragestellungen:

- Forderungen für das Ermittlungsverfahren (Verbot von Fragen nach dem sexuellen Vorleben des Opfers / Sonderdezerenate bei Kripo und StA)
- Mögliche Vorgehensweisen außerhalb der Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens.

An diesem Punkt entstand in der Arbeitsgruppe, insbesondere aber im Plenum am Sonntagvormittag eine unauflösliche Kontroverse über Selbstjustiz und ihre Randbereiche (z.B. Sprühaktionen: eine die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft setzende Denunziation oder notwendige Gegenwehr als Alternative zu einem rechtsstaatlichen Verfahren, das in seiner heutigen Form für das Opfer nicht selten ein zweites Mal Demütigung und Verletzung bedeutet?).

Bei den Plenums-Berichten aus den Gruppen zeigte sich ansonsten nicht nur verständliche Diskussionsmüdigkeit, sondern auch die Notwendigkeit einer zentralen und detaillierten inhaltlichen Vorbereitung, um den Vorlauf für die Erarbeitung brauchbarer Ergebnisse zu verringern. So werden die regionalen Kontaktfrauen ein Vorbereitungstreffen durchführen und auf dem 4. Bundestreffen die Funktion eines inhaltlichen und organisatorischen "Leistungsgremiums" haben. Ohne verbindlich übernommene Zuständigkeiten und Vortragsfrauen-Posten geht's eben doch nicht.

Unser 4. Bundestreffen findet vom
20. - 22. April 1985
im Frauenlandhaus Charlottenberg statt. Ein größerer zeitlicher Abstand zum ebenfalls im Halbjahres-Rhythmus stattfindenden Jura-Frauen-Treffen erwies sich als nicht erreichbar. Es besteht nach wie vor ein Ergänzungsverhältnis in den inhaltlichen Schwerpunkten (Juristinnen in der Ausbildung/Juristinnen im Beruf).

Regionale Kontaktfrauen für das nächste Treffen sind:

- | | |
|---------------------|-------------------------|
| — Angela Burmeister | — Gaby Lennert |
| Gerichtstraße 39 | Wormser Straße 19 |
| 2000 Hamburg 50 | 5000 Köln 1 |
| Tel. 040/38 42 17 | Tel. 0221/37 54 02 |
| — Kathrin Völzke | — Vera Schalkhäuser |
| Erichstraße 8 | Donnersberger Straße 57 |
| 3000 Hannover 91 | 8000 München 19 |
| Tel. 0511/44 05 75 | Tel. 089/167 97 12 |

Anmeldungen nimmt Angela (Hamburg) entgegen.

Dr. Barbelies Wiegmann Aktion Kassensturz — geschiedene Frauen schreiben

Fachkundige Argumente haben bisher nichts genützt. Vom Deutschen Richterbund bis zum Deutschen Frauenrat, vom Deutschen Juristinnenbund, vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter bis zum Kommissariat der katholischen deutschen Bischöfe: alle waren gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Scheidungsrechts. Dennoch wird der Gesetzentwurf in seinem wesentlichen Kern, dem Unterhaltsrecht, fast unverändert dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden. Es geht um die Reform des Unterhaltsrechts, durch die geschiedene Mütter gedemütigt und in ihren Rechten beschnitten werden sollen.

Die Bundesregierung hat sich bisher geweigert, vor ihrer Gesetzesinitiative Rechtstatsachenforschung zu betreiben, ob und wie sich das Scheidungsrecht seit 1977 bewährt hat. Sie hält die Behauptung für ausreichend, es habe „zu wenig Gerechtigkeit im Einzelfall“ gegeben. Diese Behauptung stützt sich allein auf Klagebriefe unterhaltspflichtiger Männer. Das Unterhaltselend geschiedener Frauen und Mütter wird nicht zur Kenntnis genommen. Das Elend jener Frauen, die nach jahrelanger Familienarbeit, in der sie zugunsten des Ehemannes auf den Aufbau einer eigenen beruflichen Existenz verzichteten, mit miserablen Chancen auf dem Arbeitsmarkt ohne oder mit wenig Unterhalt am Rand des Existenzminimums leben müssen.

Noch ist Zeit zu handeln. Wenn schon die Bundesregierung sich weigert, Untersuchungen über die wirtschaftliche Realität geschiedener

Frauen und Mütter (und Väter) anzustellen, dann müssen *Frauen selbst* dafür sorgen, daß ihre Zahlen und Fakten auf den Tisch der Politiker kommen. Tausende von Briefen geschiedener Frauen werden belegen, wen tatsächlich zu wenig Gerechtigkeit trifft. Es werden Tatsachen sein, die kein Politiker mehr wegschieben kann. Und nur so kann der Gesetzentwurf in den Papierkorb wandern.

Ich bitte daher alle, die mithelfen wollen, bundesweit zu einer großen Frauenaktion aufzurufen. Geschiedene Frauen sollten möglichst sofort schreiben an den

Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Stichwort: "Aktion Kassensturz - geschiedene Frauen schreiben."

Möglichst eine Kopie an den Verband alleinstehender Mütter und Väter, Bundesgeschäftsstelle, von-Groote-Platz 20, 5300 Bonn 2.

Die Briefe sollten enthalten

- Wie lange verheiratet, wieviele Kinder (wie alt)?
- Berufsausbildung und Berufstätigkeit vor der Ehe, in der Ehe?
- Wann geschieden?
- Wieviel Unterhalt für die Kinder? Für sich selbst?
- Wenn kein Unterhalt: warum nicht?
- Berufstätigkeit jetzt? Welches Einkommen?

Nochmals das Stichwort: *Aktion Kassensturz — geschiedene Frauen schreiben*. Es geht darum, ein ungerechtes und frauenfeindliches Gesetz zu verhindern.

Presseerklärung

Am Morgen des 25.9.84 schoß ein Türke auf die anwesenden Frauen im TIO (Treff- und Informationsort für türkische Frauen in Berlin Kreuzberg). Dabei wurden 2 Frauen, Seyran und Fatma, lebensgefährlich verletzt. Fatma starb 2 Tage später an ihrer Schußverletzung.

Dieser brutale und kaltblütige Mord ist für uns ein politischer Anschlag auf den Frauenladen, der das Ausmaß von Männergewalt gegenüber Frauen ausdrückt.

Die Schüsse hätten jede Frau treffen können, die an diesem Tag in den Laden gekommen wäre.

Fatma wurde nicht von ihrem Ehemann oder aus angeblich „privaten Gründen“ ermordet.

Einige türkische und deutsche Pressestimmen, die mit der Überschrift "Verlassener Ehemann erschöß Frau im Frauenladen?" Schlagzeilen machten, deuten darauf hin daß für viele türkische und deutsche Männer dies ein Grund und Rechtfertigung für den Mord sein kann.

Für uns gibt es *keine Rechtfertigung* — ob nun das Motiv verlassener Ehemann oder politisch orga-